Wenn das alte System zerbricht

Wie eine neue politische Ordnung aussehen könnte, ohne die Fehler der alten zu wiederholen

Angenommen, das derzeitige politische System zerbricht.
Nicht nur eine Regierung tritt zurück. Nicht nur einzelne Verantwortliche werden ausgetauscht. Sondern das Vertrauen in die gesamte Architektur geht verloren: in Institutionen, Medien, Geldsysteme und internationale Organisationen. Die Menschen erkennen zwar noch die Gebäude, die Ämter und die Namen – aber sie glauben nicht mehr daran, dass diese Strukturen wirklich für sie arbeiten.

Was würde danach entstehen?

Die gefährlichste Antwort wäre vermutlich: dasselbe System noch einmal.
Nur mit anderen Gesichtern, neuen Versprechen und einer frisch gestrichenen Fassade. Denn Systeme scheitern selten allein an den Menschen, die gerade an ihrer Spitze stehen. Sie scheitern an einer Architektur, die Macht sammelt, Verantwortung verteilt, Entscheidungen verschleiert und den Einzelnen immer weiter vom politischen Geschehen entfernt.

Wenn ich ausschliesslich aus den Strängen der Maddy Library heraus denke, entsteht deshalb kein klassisches politisches Programm. Es entsteht eine Systemarchitektur, deren oberstes Ziel nicht darin besteht, den perfekten Herrscher zu finden.

Sie soll verhindern, dass überhaupt noch jemand zu mächtig werden kann.

Der rote Faden zieht sich dabei durch fast alle Bereiche der Library: Politik, Geld, Medien, Technologie, Geopolitik, Geschichte, Gemeinschaft und Souveränität.

Auf der einen Seite steht eine Entwicklung, die wir immer wieder beobachten können:

- Zentralisierung führt zu Abhängigkeit.
- Abhängigkeit schafft Intransparenz.
- Intransparenz ermöglicht Machtkonzentration.

Auf der anderen Seite steht ein Gegenmodell:

- Dezentralisierung schafft Eigenverantwortung.
- Eigenverantwortung verlangt Transparenz.
- Transparenz ermöglicht verteilte und kontrollierbare Macht.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht nur, wer nach einem Zusammenbruch regiert. Die entscheidende Frage lautet:

Wie bauen wir ein System, das sich nicht erneut über die Menschen erhebt?

- Deutschland: Die Republik von unten nach oben
- Deutschland müsste nach einem politischen Systembruch nicht abgeschafft, sondern neu ausgerichtet werden.

Das Grundprinzip wäre einfach:

Was vor Ort entschieden werden kann, darf nicht von einer höheren Ebene an sich gezogen werden. Die politische Ordnung würde deshalb nicht mehr zuerst von Berlin aus gedacht. Sie würde beim Menschen beginnen, dann zur Gemeinde, zur Region, zum Bundesland und erst zuletzt zum Bund führen.

Die Gemeinde wäre keine untergeordnete Verwaltungseinheit mehr, die lediglich Anweisungen ausführt. Sie wäre der eigentliche politische Ausgangspunkt. Dort kennen die Menschen ihre Schulen, Strassen, Unternehmen, sozialen Probleme und örtlichen Möglichkeiten. Dort sind politische Entscheidungen sichtbar. Dort kann Verantwortung nicht so leicht hinter Ministerien, Ausschüssen und Zuständigkeitsketten verschwinden.

Die Länder würden jene Aufgaben übernehmen, die mehrere Gemeinden betreffen. Der Bund wäre nur für klar abgegrenzte gemeinsame Bereiche zuständig: äussere Sicherheit, überregionale Infrastruktur, den Schutz der Grundrechte, die bundesweite Rechtsprechung und einen verlässlichen wirtschaftlichen Rahmen.

Jede Kompetenz müsste ausdrücklich übertragen werden.

Was nicht übertragen wurde, verbliebe bei der niedrigeren Ebene.
Damit würde sich die Richtung politischer Macht umkehren. Der Bund verteilt nicht länger Zuständigkeiten nach unten. Die unteren Ebenen übertragen begrenzte Aufgaben nach oben.

Deutschland bliebe eine Republik – aber eine Republik, deren Macht tatsächlich von unten nach oben fliesst. Politische Verantwortung ohne Parteien.

Ein neues System darf nicht wieder bei Parteien beginnen.

Parteien bündeln Menschen, Meinungen und Interessen zu festen Machtblöcken.
Aus politischen Fragen werden Lagerfragen. Nicht mehr die Qualität eines Vorschlags entscheidet, sondern die Frage, von welcher Seite er stammt. Wer innerhalb eines Parteiensystems Verantwortung übernehmen will, muss sich zunächst einer Organisation unterordnen. Dort bestimmen Parteiführung, Listenplätze, Fraktionsdisziplin und interne Mehrheiten darüber, wer aufsteigen darf.

Der Bürger wählt am Ende häufig nicht den Menschen seines Vertrauens, sondern ein bereits vorsortiertes Gesamtpaket.

In einer neuen Ordnung gäbe es deshalb kein Parteiensystem.
Gewählt würden ausschliesslich einzelne Menschen – unmittelbar, persönlich und für eine klar begrenzte Aufgabe. Jeder Kandidat müsste offenlegen, wofür er steht, welche beruflichen und wirtschaftlichen Verbindungen bestehen und wie er über konkrete Sachfragen denkt.

An die Stelle von Parteiprogrammen träten öffentliche Aufträge.
Wer gewählt wird, erhält kein politisches Blankomandat, sondern einen nachvollziehbaren Auftrag der Bevölkerung. Gewählte Vertreter wären nicht einer Fraktion verpflichtet, sondern ihrem Gewissen, den Grundrechten und den Menschen, die sie gewählt haben. Fraktionszwang, Parteilisten und geheime Koalitionsverhandlungen würden entfallen. Es gäbe keine Regierung, die allein deshalb jahrelang über eine feste Mehrheit verfügt, weil sich einige Machtblöcke hinter verschlossenen Türen aufeinander verständigt haben. Jede Sachfrage müsste neu betrachtet, öffentlich begründet und unabhängig entschieden werden.

Für grössere gesellschaftliche Fragen könnten zeitlich begrenzte Bürgerräte eingesetzt werden. Ihre Mitglieder würden nach transparenten Kriterien aus der Bevölkerung ausgelost werden. Dabei müssten unterschiedliche Regionen, Altersgruppen, Berufe und Lebenswirklichkeiten berücksichtigt werden.

Diese Bürgerräte erhielten Zugang zu unterschiedlichen Fachpositionen. Sie würden Betroffene und Experten anhören, Belege prüfen und anschliessend öffentlich nachvollziehbare Empfehlungen erarbeiten.

Fachgremien dürften beraten, aber nicht dauerhaft herrschen.
Ihre Mitglieder müssten fachlich geeignet, unabhängig und jederzeit kontrollierbar sein. Wirtschaftliche Interessen, Nebentätigkeiten und mögliche Abhängigkeiten wären vollständig offenzulegen. Politische Mandate würden zeitlich begrenzt. Niemand könnte über Jahrzehnte Teil eines abgeschlossenen Machtapparates werden. Nach dem Mandat kehrt jeder in das gesellschaftliche Leben zurück und muss mit den Folgen der eigenen Entscheidungen leben.

Auch eine Abwahl während der Amtszeit müsste möglich sein.

Wer seinen Auftrag grob verletzt, seine Stellung missbraucht oder entscheidende Verbindungen verschweigt, könnte durch ein geregeltes Verfahren zurückgerufen werden.

So entstünde keine neue politische Klasse. Es entstünde eine Verwaltung auf Zeit – getragen von Bürgern, kontrolliert von Bürgern und dem Gemeinwohl verpflichtet. Nicht Parteien konkurrieren um die Macht sondern Menschen übernehmen Verantwortung für konkrete Aufgaben. Direkte Demokratie darf nicht nur Dekoration sein. In einem solchen System dürfte die Bevölkerung nicht lediglich alle paar Jahre darüber abstimmen, wer anschliessend weitgehend ohne sie entscheidet.

Bürger könnten selbst Gesetzesvorschläge einbringen. Für grundlegende Entscheidungen wären verbindliche Volksabstimmungen notwendig. Auch bereits beschlossene Gesetze könnten durch ein Referendum überprüft werden.

Je stärker eine Entscheidung in die Grundrechte, das Eigentum, die finanzielle Zukunft oder die Souveränität des Landes eingreift, desto höher müsste die demokratische Zustimmung sein.

Verfassungsänderungen, internationale Verträge mit weitreichender Bindung, grössere militärische Einsätze, hohe neue Staatsschulden und die Übertragung nationaler Kompetenzen dürften niemals allein durch eine kleine Gruppe beschlossen werden.

Die Menschen müssten vorher verständlich informiert werden.
Nicht mit Hunderten Seiten Verwaltungssprache. Nicht durch Kampagnen, die mehr verschleiern als erklären. Sondern durch eine öffentliche Darstellung der entscheidenden Argumente, Kosten, Risiken und Folgen.

Direkte Demokratie setzt informierte Bürger voraus. Und informierte Bürger setzen einen transparenten Staat voraus.

Der gläserne Staat – nicht der gläserne Bürger

Ein neuer Staat dürfte seine Bürger nicht immer genauer durchleuchten, während seine eigenen Entscheidungen im Dunkeln bleiben. Das Verhältnis müsste sich umkehren. Der Bürger behält seine Privatsphäre. Der Staat wird transparent.

Jede bedeutende staatliche Ausgabe müsste nachvollziehbar sein:

- BUDGET — Haushalt.
- Auftrag.
- Empfänger.
- Entscheidungsweg.
- Ergebnis.

Wer erhielt wie viel Geld? Wer entschied darüber? Welche Leistung wurde vereinbart? Wurde sie erbracht? Welche politischen oder wirtschaftlichen Verbindungen bestanden?

FOLLOW THE MONEY — Folge dem Geld wäre dann keine investigative Ausnahme mehr, sondern Teil der öffentlichen Infrastruktur.

Auch Lobbykontakte müssten vollständig offengelegt werden. Gesetzesentwürfe sollten erkennen lassen, wer daran mitgewirkt hat, welche Änderungen vorgenommen wurden und wem diese Änderungen nutzen.

Verträge des Staates wären grundsätzlich öffentlich. Geheimhaltung dürfte nur in eng begrenzten Fällen möglich sein und müsste unabhängig kontrolliert werden. Amtsträger müssten ihre Interessenbindungen, Nebeneinkünfte und bedeutenden Vermögensbeteiligungen offenlegen.

Denn Korruption beginnt nicht erst mit einem Koffer voller Geld. Sie beginnt dort, wo Einfluss unsichtbar wird. Das Recht steht über jeder politischen Macht.

Eine neue Ordnung dürfte nicht von tagespolitischen Mehrheiten abhängen.

Auch eine Mehrheit darf einem Menschen nicht seine Würde, seine Grundrechte oder seinen rechtlichen Schutz nehmen. Das Recht müsste deshalb über jeder politischen Funktion stehen. Gerichte müssten unabhängig arbeiten und für jeden Menschen erreichbar sein – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder gesellschaftlicher Stellung. Richter dürften nicht durch politische Machtblöcke nach Loyalität ausgewählt werden.

Ihre Berufung müsste nach transparenten fachlichen Kriterien erfolgen und durch voneinander unabhängige Stellen kontrolliert werden. Gleichzeitig dürften auch Gerichte nicht zu einem abgeschlossenen Machtbereich werden. Entscheidungen müssten verständlich begründet, überprüfbar und öffentlich einsehbar sein.

Der Staat hätte nicht die Aufgabe, den Menschen jede Entscheidung abzunehmen. Seine erste Aufgabe wäre es, ihre Freiheit, ihre Würde und ihre Rechte zu schützen.

Europa: Zusammenarbeit ohne europäischen Zentralstaat

Auch Europa müsste neu gedacht werden.
Die Alternative zu einem übermächtigen europäischen Zentralstaat wäre nicht die vollständige Auflösung der europäischen Zusammenarbeit. Kein Land kann alle grenzüberschreitenden Probleme allein lösen. Handel, Infrastruktur, Energieversorgung, Wissenschaft, Verteidigung und organisierte Kriminalität enden nicht an einer Landesgrenze.
Aber Zusammenarbeit verlangt nicht automatisch Unterordnung.
Europa könnte als Konföderation souveräner Staaten organisiert werden.

Deutschland bleibt Deutschland. Frankreich bleibt Frankreich. Italien bleibt Italien. Polen bleibt Polen. Jedes Land bewahrt seine Verfassung, seine politische Kultur und die demokratische Letztentscheidung seiner Bevölkerung.

Gemeinsame europäische Einrichtungen hätten klar umrissene Aufgaben.
Sie könnten koordinieren, vermitteln und gemeinsame Projekte verwalten.
Sie dürften jedoch nicht schrittweise immer neue Zuständigkeiten an sich ziehen.

Eine europäische Entscheidung, die unmittelbar in das Leben der Menschen eingreift, müsste durch die betroffenen Staaten demokratisch bestätigt werden.
Kein europäisches Gremium dürfte über nationale Verfassungen hinwegregieren.

Kein Vertrag dürfte so gestaltet sein, dass einmal abgegebene Souveränität praktisch niemals zurückgeholt werden kann. Das europäische System wäre damit kein Turm, von dessen Spitze Anweisungen nach unten gegeben werden. Es wäre ein Netzwerk.
Die Staaten würden gemeinsam handeln, wo gemeinsames Handeln notwendig ist. Sie blieben eigenständig, wo Vielfalt, Nähe und nationale Verantwortung wichtiger sind.

Europa wäre dadurch nicht schwächer. Es könnte sogar stabiler werden, weil Zusammenarbeit wieder auf Zustimmung statt auf wachsendem Zwang beruht.

Global: Kooperation ohne Weltregierung

Auf globaler Ebene wäre dieselbe Grenze noch wichtiger.
Wenn ein zentralisiertes System zusammenbricht, darf die Antwort nicht darin bestehen, ein noch grösseres Zentrum zu errichten. Eine Weltregierung würde politische, wirtschaftliche, technologische und militärische Macht in einer Entfernung konzentrieren, in der der einzelne Mensch praktisch keinen Einfluss mehr besitzt.

Je weiter eine Entscheidung vom Betroffenen entfernt ist, desto schwieriger wird demokratische Kontrolle.

Die globale Ordnung müsste deshalb aus souveränen Staaten und Regionen bestehen, die sich für konkrete Aufgaben zusammenschliessen. Globale Organisationen wären sinnvoll für Naturkatastrophen, Pandemien, internationale Kriminalität, Weltraumfragen, technische Standards, Handel und Konfliktvermittlung. Doch diese Organisationen dürften nicht zu einer Regierung über den Regierungen werden.

Sie könnten Vorschläge erarbeiten, Wissen bündeln und gemeinsame Massnahmen koordinieren. Ihre Entscheidungen müssten jedoch durch die beteiligten Staaten bestätigt werden. Keine internationale Institution dürfte unmittelbar Gesetze über Menschen verhängen, die diese Institution weder wirksam wählen noch kontrollieren oder absetzen können.

- Globale Zusammenarbeit: ja.
- Globale Machtkonzentration: nein.

Das Geld darf kein unsichtbares Herrschaftsinstrument sein.

Eine politische Neuordnung wäre unvollständig, wenn das Geldsystem unangetastet bliebe. Denn politische Macht und finanzielle Macht lassen sich nicht dauerhaft voneinander trennen.

Wer Geldschöpfung, Zahlungsverkehr, Kreditvergabe und staatliche Finanzierung kontrolliert, besitzt Einfluss auf nahezu jeden anderen gesellschaftlichen Bereich. Die Maddy Library enthält hierzu unterschiedliche Stränge: Zentralbanken, Inflation, Staatsverschuldung, Gold, Silber, digitale Zahlungssysteme, CBDC — digitale Zentralbankwährungen, Stablecoins, ISO 20022 und alternative Finanzmodelle. Nicht jede Behauptung innerhalb dieser Quellen ist gleich gut belegt. Besonders Materialien über GESARA oder ein angebliches QFS — Quantum Financial System, also Quantenfinanzsystem, vermischen überprüfbare Entwicklungen mit Erwartungen, Theorien und behaupteten geheimen Plänen.

Für eine neue Ordnung sollte man deshalb keine unbelegte Erzählung einfach zum Fundament erklären. Man kann jedoch den dahinter liegenden strukturellen Gedanken prüfen:

Geld darf nicht zum Instrument vollständiger gesellschaftlicher Kontrolle werden.

Bargeld müsste erhalten bleiben. Digitale Zahlungsmöglichkeiten könnten daneben bestehen, dürften aber nicht zur einzigen Form des Geldes werden.
Eine digitale Währung dürfte nicht so programmiert werden können, dass sie das Verhalten eines Menschen belohnt, bestraft oder einschränkt.

Niemand darf entscheiden können, wofür ein Bürger sein rechtmässig erworbenes Geld verwenden darf, wie weit er reisen kann oder ob sein Zugang zum Zahlungsverkehr von politischem Wohlverhalten abhängt.

Auch hier gilt:
Nicht eine einzige Institution darf Geldschöpfung, Zahlungsverkehr, Identität und politische Kontrolle gleichzeitig beherrschen. Staatliche Geldströme müssten sichtbar sein. Die Bürger müssten nachvollziehen können, wie Geld entsteht, wohin es fliesst und wer von politischen Entscheidungen profitiert.

Ein neues Geldsystem müsste nicht auf blindem Vertrauen beruhen.

Es müsste überprüfbar sein. Technologie soll dem Menschen dienen
Künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Quantencomputer könnten eine neue Gesellschaft enorm unterstützen. Verwaltungen könnten kleiner, schneller und verständlicher werden. KI könnte Gesetzestexte auf Widersprüche prüfen, Haushalte analysieren, ungewöhnliche Geldströme erkennen, Korruptionsrisiken sichtbar machen und öffentliche Daten für jeden Bürger zugänglich aufbereiten.

Sie könnte Menschen zeigen, welche Folgen ein Gesetz wahrscheinlich hat, wer davon profitiert und welche Kosten entstehen. Aber Technologie darf beraten, niemals souverän entscheiden. Keine KI darf endgültig über Grundrechte, Freiheit, medizinische Versorgung, soziale Existenz oder politische Teilhabe eines Menschen bestimmen.
Es darf kein Sozialkreditsystem geben, keine geheime politische Profilbewertung und keine automatisierte Bestrafung auf Grundlage eines undurchsichtigen Algorithmus.

Wenn der Staat algorithmische Systeme einsetzt, müssen deren Regeln prüfbar sein. Betroffene benötigen das Recht auf eine verständliche Begründung, eine menschliche Überprüfung und einen wirksamen Rechtsweg. Eine Maschine kann Muster erkennen. Sie trägt aber weder Verantwortung noch Gewissen. Ohne freie Information gibt es keine freie Entscheidung.

Eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn ihre Bürger Zugang zu den Informationen haben, die sie für ihre Entscheidungen benötigen. Wer Informationen kontrolliert, kontrolliert den Rahmen dessen, was eine Gesellschaft für möglich, vernünftig oder wahr hält. Darum müssten Informationsfreiheit und Meinungsfreiheit nicht nur schöne Verfassungsbegriffe sein. Sie müssten Teil der tatsächlichen Machtverteilung werden.

Gesetzesentwürfe müssten vollständig öffentlich sein. Staatliche Studien, Verträge und Entscheidungsgrundlagen ebenfalls. Bürger müssten sehen können, welche Daten verwendet wurden und welche Interessen beteiligt waren. Medien müssten plural bleiben. Staatliche Finanzierung dürfte niemals zu redaktioneller Gefolgschaft führen. Eigentumsverhältnisse und grössere Geldgeber müssten transparent sein.

Whistleblower, die rechtswidrige oder schwerwiegend missbräuchliche Vorgänge im öffentlichen Interesse aufdecken, bräuchten wirksamen Schutz.

Auch grosse Plattformen dürften politische Reichweite nicht heimlich durch undurchsichtige Algorithmen steuern. Wo Inhalte eingeschränkt werden, müsste erkennbar sein, nach welchen Regeln dies geschieht und welche Einspruchsmöglichkeiten bestehen.

Meinungsfreiheit bedeutet dabei nicht, dass jede Behauptung wahr ist oder unwidersprochen bleiben muss. Sie bedeutet, dass Wahrheit nicht von einer einzigen Institution verwaltet werden darf.

Die eigentliche Architektur

Die neue Ordnung liesse sich als einfache Abfolge darstellen:

- Der Mensch.
- Die Familie und die freiwillige Gemeinschaft.
- Die Gemeinde.
- Die Region oder das Bundesland.
- Der Nationalstaat.
- Die europäische Zusammenarbeit.
- Die globale Kooperation.

Jede höhere Ebene erhält nur jene Aufgaben, die die darunterliegenden Ebenen allein nicht sinnvoll erfüllen können. Sie erhält diese Aufgaben nicht für immer und nicht bedingungslos. Kompetenzen müssen überprüft, begrenzt und gegebenenfalls zurückgenommen werden können. Damit würde Macht nicht mehr wie Wasser von der Spitze einer Pyramide nach unten fliessen. Sie würde von unten nach oben verliehen.

Der Mensch wäre nicht das kleinste Rädchen im System.

Er wäre dessen Ausgangspunkt. Kein neues Paradies – aber ein kontrollierbares System.

Auch eine solche Ordnung würde Konflikte nicht beenden. Menschen bleiben unterschiedlich. Regionen werden verschiedene Wege wählen. Entscheidungen werden falsch sein. Verantwortliche werden Fehler machen. Manche werden weiterhin versuchen, Einfluss und Macht anzuhäufen.
Ein gutes politisches System verspricht deshalb keine fehlerfreien Menschen.
Es begrenzt den Schaden, den fehlbare Menschen anrichten können.
Es verteilt Macht, macht Entscheidungen sichtbar und eröffnet friedliche Wege zur Korrektur.

Vielleicht liegt genau darin die wichtigste Erkenntnis aus den unterschiedlichen Strängen der Maddy Library:

- Wir brauchen keinen allwissenden Staat.
- Wir brauchen keinen perfekten Anführer.
- Wir brauchen keine Parteien, die den politischen Willen der Menschen vorsortieren.
- Und wir brauchen auch keine unsichtbare Maschine, die behauptet, für uns zu wissen, was richtig ist.
- Wir brauchen eine Ordnung, in der Verantwortung wieder dort liegt, wo ihre Folgen sichtbar werden.

Deutschland wäre darin eine dezentrale Republik ohne Parteiensystem, getragen von direkt gewählten Menschen, Bürgerräten und verbindlichen Volksentscheidungen.

Europa wäre eine Konföderation souveräner Staaten.

Die globale Ebene wäre ein Kooperationsnetzwerk ohne Weltregierung.
Und über allen Ebenen stünde ein Grundsatz:
Keine Institution darf so mächtig werden, dass der Mensch sie nicht mehr kontrollieren kann.

Denn ein System ist nicht deshalb frei, weil es Freiheit verspricht.
Es ist nur dann frei, wenn es dem Menschen jederzeit die Möglichkeit lässt, Macht zu erkennen, zu begrenzen und friedlich zurückzuholen.

Quelle: https://x.com/Maddy_2312